



Positionspapier des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) zu den UN-Klimaschutzverhandlungen in Kopenhagen und dem nationalen Klimaschutz

Verbraucher können und wollen ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Doch die Rahmenbedingungen sind dafür noch nicht ausreichend. Es fehlen Produkte, Dienstleistungen, Richtlinien und Gesetze, damit Verbraucher Klimaschutz im Alltag ohne Hürden umsetzen können. Für viele ist es noch immer leichter und günstiger, sich klimabelastend zu verhalten als klimaschonend zu konsumieren. Wirtschaft, Politik und Wissenschaft sowie staatliche und nichtstaatliche Organisationen müssen Verbraucher in ihrem Bemühen unterstützen, klimaverträglicher und dabei energie- und ressourcengerechter zu leben. Nur so können Verbraucher einen wichtigen Beitrag zum Ziel der bundesweiten CO₂-Reduktion leisten.

Zudem schließen wir uns den Forderungen der internationalen Kampagne von Consumers International (CI)¹ an, die einen nachhaltigen Zugang zu Energie und Energieeffizienz für alle Menschen erreichen möchte.

Anlässlich der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen rufen wir, die Verbraucherallianz "fürs klima", die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft deshalb auf, die Weichen für einen verbraucherfreundlichen Klimaschutz zu stellen.

In Kopenhagen die Grundlagen für einen klimagerechten Wohlstand legen

Klimaschutz und Wohlstand sind kein Widerspruch. Im Gegenteil: Die nachhaltige Nutzung begrenzter Ressourcen trägt dazu bei, dass langfristig Versorgungs- und Kostensicherheit für Verbraucher gewährleistet werden können. Wirtschaft und Politik müssen deshalb weltweit den Weg für ein post-fossiles, klimagerechtes Wohlstandmodell bereiten. Dabei müssen für Industrieländer ebenso wie für Schwellen- und Entwicklungsländer soziale und technologische Innovationen entwickelt und gefördert werden.

Wir fordern von den deutschen Politikern in Kopenhagen:

- **Vorreiterrolle Deutschland:** Die Bundesregierung muss sich engagiert für ein umfassendes, global gerechtes und ambitioniertes Kopenhagen-Abkommen einsetzen, das mit ausreichender Wahrscheinlichkeit den globalen Temperaturanstieg auf so weit wie möglich unter 2°C begrenzt. Sie muss hierfür die europäischen Vorhaben zur Steigerung der Energieeffizienz vorantreiben und einen eigenen Fahrplan festlegen, mit welchen Instrumenten sie ihre eigenen Klimaschutzziele erreicht.
- **95 Prozent Treibhausgaseinsparungen bis 2050** (im Vergleich zu 1990): Die Bundesregierung muss dieses Ziel in die internationalen Klimaverhandlungen einbringen und auch für den eigenen, nationalen Klimaschutzplan verbindlich festschreiben.

¹ <http://www.consumersinternational.org/Templates/Internal.asp?NodeID=99928>

- **Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder bereitstellen:** Die Bundesregierung muss ferner mehr Technologie, Knowhow und Geld zusätzlich zur zugesagten Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder bereitstellen, die von den Folgen des Klimawandels jetzt schon (und in der Zukunft noch stärker) betroffen sind. Eine Refinanzierung der finanziellen Unterstützung sollte über das Verursacherprinzip erfolgen (z.B. Versteigerung im Emissionshandel). Klimaschutzmaßnahmen dürfen den Aufholprozess der weniger entwickelten Länder nicht behindern, sondern sollen dafür sorgen, dass der wirtschaftliche Fortschritt von vornherein nachhaltig gestaltet wird (so genanntes leap-frogging).

Die Bundesregierung muss jetzt nicht nur ihre selbst gesteckten Ziele, den Kohlendioxid-Ausstoß in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, konsequent umsetzen. Dafür muss sie verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die stufenweise verbessert werden. Sie muss darüber hinaus noch deutlich mehr tun.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- **Verbraucher zu klimaverträglichem Konsum befähigen**
 - **Verbraucher müssen schon jetzt in die Lage versetzt werden, dem Kostendruck durch Energieeffizienzmaßnahmen entgegenzusteuern.** Eine wesentliche Grundlage hierfür ist eine unabhängige und fachlich fundierte Energieberatung, wie sie jetzt schon von den Verbraucherzentralen in Deutschland erfolgreich angeboten wird. Die Energieberatung der Verbraucherzentralen stellt ein unbürokratisches, kostengünstiges und effizientes Beratungsinstrument dar und muss weiter gefördert werden.
 - **Die Bundesregierung muss eine klare Energieverbrauchskennzeichnung bei Elektrogeräten und Pkw durchsetzen.** So können Verbraucher auf einen Blick vergleichen, welche Produkte Energie ineffizient nutzen. Nur dieses Wissen ermöglicht Verbrauchern, eine Kaufentscheidung für klimaschonende Produkte zu treffen.
 - **Verbraucher müssen freien Zugang zu unabhängigen Informationen über Treibhausgasemissionen von Firmen, Produkten und Dienstleistungen erhalten.**
 - **Die Bundesregierung muss das Thema „Klimaschutz“ stärker in der Verbraucherbildung verankern.**
- **Die für den Klimaschutz wesentlichen Politikbereiche konsequent gestalten:**
 - Erneuerbare Energien und Energieeffizienz**
 - Die Weichen für eine emissionsfreie Stromversorgung bis 2050 müssen jetzt gestellt werden und der Anteil der erneuerbaren Energien massiv erhöht werden.
 - Deutschland muss endlich die europäische Richtlinie zur „Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen“ umsetzen, um Verbrauchern die Möglichkeit zu geben durch bessere Informationen ihren Energieverbrauch zu senken und auch Energieversorgungsunternehmen in die Pflicht zu nehmen um so den Anteil der regenerativen Energien im Energiemix zu erhöhen und einen funktionierenden Energiemarkt zu ermöglichen.

- Verbindliche Vorgaben für mehr Energieeffizienz etwa bei Gebäuden und Elektrogeräten müssen verstärkt als klimapolitisches Instrument genutzt und dynamisch gestaltet werden. Innovationen müssen gefördert werden, damit sie sich am Markt schnell etablieren und den Markt beflügeln.
- Finanzielle Förderungen bei der Gebäudesanierung und bei energieeffizienten Geräten müssen flexibler und bedarfsgerechter gestaltet sein, um den Investitionsimpuls zu verstärken.
- In der Industrie muss eine Steigerung der Energieeffizienz durchgesetzt werden. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass im EU-Emissionshandel Begünstigungen und damit ökologisch nachteilige Subventionen für energieintensive Betriebe abgebaut werden.

Gebäudesektor

Hier muss das bestehende große Energieeinsparpotenzial, ausgeschöpft werden. Dazu müssen einerseits weitere Steigerung der Energieeffizienz bei Neubauten durch die geplante EnEV 2012 umgesetzt, andererseits eine ambitionierte Sanierungsquote konsequent verfolgt werden.

Landwirtschaft, Landnutzung und Forstwirtschaft

Die Bundesregierung muss ein verbindliches Maßnahmenpaket zur Reduktion von Treibhausgasen in der Agrar –und Ernährungswirtschaft entwerfen.

Verkehrsbereich

Hier stehen wir erst am Anfang. Der öffentliche Personenverkehr muss ausgebaut, effizienter gestaltet und mit anderen Mobilitätsformen vernetzt werden. Der Transport von Waren und Gütern muss von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Im Flugverkehr muss die Mineralölsteuerbefreiung aufgehoben werden. Im Individualverkehr müssen alternative Antriebsformen unterstützt und der CO₂ Ausstoß der Autos begrenzt werden.

Bund, Länder und Kommunen müssen in der Auftragsvergabe, bei ihren Bauten und in der Warenbeschaffung mit gutem Beispiel vorangehen. Das hat eine Lenkungswirkung gegenüber Anbietern und verbessert die Marktsituation für klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen, denn es löst Nachahmungseffekte bei Unternehmen und Verbrauchern aus. Außerdem muss die Bundesregierung übergreifende Kooperationen, etwa mit der Wirtschaft und den Kommunen, anregen, um klimafreundliches Konsumieren zu ermöglichen.

Dass Klimaschutz ein Zukunftsmarkt ist, ist in der Wirtschaft angekommen. Hersteller und Anbieter können schon jetzt wichtige Beiträge leisten, indem sie sich für ein umfassendes und global gerechtes, ambitioniertes Klimaschutzabkommen einsetzen. Darüber hinaus erwarten die Verbraucher mehr Engagement bspw. von Automobilherstellern oder Herstellern elektrischer Konsumgüter.²

² Quelle: Verbrauchermonitoring vzbv

Wir fordern von der deutschen Wirtschaft:

- **Ausrichtung von Dienstleistungen, Produkten und Produktionsweisen daran, dass Verbraucher klimafreundlich konsumieren können.** Dazu müssen in allen Bereichen energieeffiziente und klimafreundliche Produkte (-alternativen) entwickelt werden, die den gleichen Produktstandards genügen.
- **Bereitstellung von verständlichen und vergleichbaren Informationen zu Klimawirkungen von Produkten** (Produktion, Verbrauch und Entsorgung). Die Umweltauswirkungen der gesamten Produktionskette müssen berechnet und in die Kosten einbezogen werden
- **Beteiligung an der Entwicklung und Anwendung von Standards und Zertifizierungsmustern zu Treibhausgasemissionen auf der Basis wissenschaftlicher Untersuchungen und deren Anwendung.**
- **Eine Selbstverpflichtung, Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß umfassend zu kennzeichnen** und Fehlinformation in Bezug auf Energieverbrauch oder Energieeinsparpotenziale sowie unfaire Vertragspraktiken etwa bei Energiedienstleistungen zu unterlassen.

Die wichtigsten Forderungen aus Verbrauchersicht

Die Bundesregierung muss die selbst gesteckten nationalen Klimaschutzziele konsequent umsetzen. Danach soll der Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken. Damit die Verbraucher ihren Beitrag dazu leisten können, muss die Politik die Rahmenbedingungen für einen klimaverträglichen Konsum und für klimaverträgliches Verhalten verbessern.

1. Die Bundesregierung muss sich auf der UN-Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen für ein global gerechtes, rechtlich verbindliches Klimaschutz-Abkommen einsetzen, das den weltweiten Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius begrenzt.

2. Ferner muss sie politische Weichen stellen, damit die selbst gesteckten nationalen Klimaschutzziele auch erfüllt werden können.

- Verbraucher zu klimafreundlicher Entscheidungen befähigen: Die Bundesregierung muss insbesondere eine klare dynamische Energieverbrauchskennzeichnung durchsetzen
- Erneuerbaren Energien ausbauen und Energieeffizienz erhöhen: Die Bundesregierung muss dynamisch sinkende Grenzwerte zum Energieverbrauch etwa von Gebäuden, Elektrogeräten oder Pkw festlegen. Auch die Energieeffizienz von Gebäuden muss gesetzlich geregelt werden.
- Einfache Zuschussprogramme für Gebäude- und Wohnungseigentümer: Die Bundesregierung muss Anreize schaffen für eine energieeffiziente Gebäude- und Wohnungssanierung.

3. Integrierte Klimapolitik: Klimaschutz muss in allen Politikbereichen berücksichtigt werden: Auch die öffentliche Beschaffung, die Landwirtschaft und insbesondere der Verkehrsbereich müssen ihren deutlichen Beitrag zur Umsetzung der nationalen Klimaschutzziele leisten. Um die Beiträge der Bereiche zu koordinieren und zu kontrollieren, fordern wir eine ressortübergreifende Kompetenzstelle.

Hintergrund

Die Verbraucherallianz "fürs Klima"

unter Federführung des Verbraucherzentrale Bundesverbandes ist ein Bündnis der 16 Verbraucherzentralen mit dem Deutschen Mieterbund (DMB), der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), dem Verkehrsclub Deutschland (VCD), dem VerbraucherService im Katholischen Deutschen Frauenbund (VS) sowie Germanwatch.

Verbraucher

sind von den direkten ökologischen und wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels betroffen. Weltweit veränderte, zumeist unsichere Erträge in der Landwirtschaft wirken sich auf viele Produkte aus. Durch den Klimawandel werden Reiseziele unattraktiv, andere Tourismuszentren entstehen. Der Klimawandel verändert schon heute unsere Konsummuster.

Verbraucher werden von einer engagierten Klimaschutzpolitik profitieren. Das betrifft nicht nur die Verbraucher in den entwickelten Staaten, sondern insbesondere auch die Hauptbetroffenen des Klimawandels in den Schwellen- und Entwicklungsländern.

Verbraucher haben ein erhebliches Potenzial, um den Klimaschutz voranzubringen. So werden etwa in Deutschland über 20 Prozent aller CO₂-Emissionen durch den Verkehr verursacht. Auch der Anteil der Ernährung an den Treibhausemissionen beträgt etwa ein Fünftel: Hierin fallen Anbau, Verarbeitung und Zubereitung von Lebensmitteln. Dabei halten Verbraucher das Thema „Klimaschutz“ für sehr wichtig, rund 80 Prozent wollen einen Beitrag leisten und zukünftig auch noch mehr für den Klimaschutz tun³.

Verbraucher wollen Energie sparen, um ihre Haushaltskasse zu entlasten. Private Haushalte tragen erheblich zum Gesamtenergieverbrauch bei, in Deutschland liegt der Anteil bei gut 28 Prozent. Gleichzeitig liegt in Privathaushalten ein riesiges Potential für Energieeinsparungen. Durch geeignete Effizienzmaßnahmen können mindestens 50 Prozent der Wärmeenergie eingespart werden. Der Stromverbrauch kann durch den Einsatz moderner Geräte und die Optimierung des Nutzerverhaltens um wenigstens 30 Prozent gesenkt werden. Dadurch wird der Ausstoß beachtlicher Mengen CO₂ vermieden. Das schont Konto und Klima.

Die UN-Klimaverhandlungen

in Kopenhagen (07.-18.12.2009) werden die Weichen für den weltweiten Klimaschutz in der nächsten Dekade stellen. Sie sollen den weltweiten Emissionspfad für die Zeit nach der Kyoto-Verpflichtungsperiode ab 2013 festlegen und die Zahlungen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels und Klimaschutz in den Schwellen- und Entwicklungsländer regeln.

³ Quelle: Verbrauchermonitoring vzbv